

Die Verantwortung reicht bis ins dritte Jahrtausend

Prof. Dr. sc. paed. Gottfried Uhlig, Sektion Pädagogik/Psychologie, zu einigen aktuellen Aufgaben bei der Ausbildung sozialistischer Lehrer

Der sozialistische Lehrer kann seine Gegenwartsaufgaben nur mit Blick auf die Zukunft lösen, er orientiert sich auf das Neue, lernt stets weiter und bereitet seine Schüler bewußt auf den Weg ins dritte Jahrtausend vor.

Der sozialistische Lehrer verfügt über ein hohes Fachwissen und kennt die pädagogische Theorie gründlich. Er ist fähig, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten, bemüht sich ständig, immer tiefer in das Wesen, die Dynamik und die Komplexität des pädagogischen Prozesses einzudringen, und kämpft für die schöpferische Veränderung der pädagogischen Praxis auf der Grundlage fortgeschrittener theoretischer Erkenntnisse.

Der sozialistische Lehrer ist sich der Größe und Tragweite seines Berufes bewußt. Er weiß, daß von seiner Arbeit Tempo und Qualität der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung wesentlich abhängen.

Der sozialistische Lehrer fühlt sich gegenüber den Kindern der Arbeiterklasse und aller Werktätigen verantwortlich. Er bereitet mit Freude und Erfüllung, mit Menschen zu arbeiten, sie zu überzeugen und bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Er bringt seinen Schülern Verständnis und menschliche Wärme entgegen, indem er an sie hohe Forderungen stellt.

Der sozialistische Lehrer ist fähig und bereit, sein erzieherisches Wirken mit der pädagogischen Potenz der gesamten sozialistischen Gesellschaft zu verknüpfen und die Gesamtarbeit aller Werktätigen bei der Erziehung der heranwachsenden Generation zu leiten und zu organisieren.

Der sozialistische Lehrer kann allen diesen Anforderungen nur als hochgebildeter, kulturvoller Mensch genügen, der durch seine gesamte Persönlichkeit seinen Schülern ein Vorbild ist.¹⁾

Grundlage und Voraussetzungen der Berufstauglichkeit

Die entscheidende Grundlage für die Tätigkeit des sozialistischen Lehrers ist sein sozialistisches Bewußtsein, sein Klassenstandpunkt, seine marxistisch-leninistische Bildung. Im Sozialismus gestalten die Menschen zum erstenmal ihre gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt und auf Grundlage wachsender Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses. Je weiter die Gestaltung des Sozialismus als Gesamtsystem voranschreitet, desto mehr wird das bewußte und planmäßige Handeln der Werktätigen zur entscheidenden

Triebkraft dieser Entwicklung, desto stärker tritt die Rolle des sozialistischen Bewußtseins hervor.

Für den sozialistischen Lehrer, der die künftigen Staatsbürger, Eigentümer an Produktionsmitteln und Konsumenten ideologisch erziehen soll, bilden somit ein hohes sozialistisches Bewußtsein, ein fester Klassenstandpunkt und gründliches marxistisch-leninistisches Wissen entscheidende Voraussetzungen seiner Berufstauglichkeit. Deshalb kennzeichnet die „Direktive zur Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Studenten in der weiteren Durchführung der 3. Hochschulreform“ die Hauptaufgabe, die wir lösen müssen, um zu einer neuen Qualität der Lehrerbildung zu gelangen.

Inhaltliche Gesamtkonzeption für marxistisch-leninistische Ausbildung und Erziehung

Die Verwirklichung der Direktive und der ihr zugrunde liegenden Parteibeschlüsse im Lehrstudium ist in erster Linie ein Leitungsproblem. Marxistisch-leninistische Bildung und Erziehung kann man nicht stückweise vermitteln. Sie entsteht nicht durch die Addition der Anstrengungen der lehrerbildenden Sektionen. Vielmehr müssen wir zu inhaltlichen Gesamtkonzeptionen gelangen, die für alle Beteiligten die spezifischen Aufgaben bei der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Lehrerstudierenden verdeutlichen, die verschiedenen Aktivitäten koordinieren und ein abgestimmtes Zusammenwirken sichern. Für das Lehrstudium genügt es nicht, innerhalb der einzelnen Sektionen Problematik zur Verwirklichung der Direktive auszuwickeln und mit der Sektion Marxismus-Leninismus systematisch zusammenzuarbeiten. Die Kommission für Lehrerbildung und die imatrikulierenden Sektionen müssen die Umsetzung der Direktive als einheitlichen Prozeß leiten. Das wird nur gelingen, wenn wir mit der Forderung ernst machen, die auf der 10. Tagung des Hoch- und Fachschulrats erhoben wurde:

„Die Lehrerausbildung als strukturbestimmende Aufgabe“ führen, heißt vor allem und in erster Linie, eine solche Leitungstätigkeit zu entwickeln, in deren Mittelpunkt die inhaltlichen Prozesse stehen.“²⁾

In dieser Leitungstätigkeit müssen die Lehrerstudierenden selbst weit stärker als bisher einbezogen werden. Auf der Ebene der einzelnen Sektionen gibt es in dieser Hinsicht viele wertvolle Erfahrungen und Initiativen. Aber es muß sich erreichen, daß staatliche Leitung und FDJ bei der Gestaltung des Gesamtprozesses der Lehr-

bildung an der Universität wirkungsvoller zusammenarbeiten.

Die Lehrerausbildung und das WPS

Eine ähnlich komplexe Aufgabe wie die Verwirklichung der Direktive ist der Aufbau und Ausbau eines Systems des wissenschaftlich-produktiven Studiums für die Lehrerstudierenden. Auch in diesem Falle reicht es nicht aus, die Aktivitäten der einzelnen Sektionen nebeneinanderzusetzen. Wissenschaftlich-produktives Studium und Arbeit mit der Direktive müssen dabei von vornherein als zwei Seiten eines einheitlichen Prozesses konzipiert werden. Das wissenschaftlich-produktive Studium wird nur dann richtig geplant und durchgeführt, wenn in seinem Mittelpunkt – und zwar in allen Ausbildungsstellen, nicht nur im marxistisch-leninistischen Grundstudium – die aktive Aneignung und schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus steht. Wir müssen unbedingt die Praxis überwinden, wissenschaftlich-produktives Studium und Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Ausbildung relativ unabhängig voneinander in Angriff zu nehmen.

Wenn hier besonders betont wurde, daß es notwendig ist, die marxistisch-leninistische Bildung und Erziehung der Lehrerstudierenden an der Universität einheitlich zu leiten, dann sollen damit die Bemühungen der einzelnen Sektionen keineswegs als weitergehend und weniger wichtig eingestuft werden.

An der Sektion Pädagogik/Psychologie der Karl-Marx-Universität wurde beispielsweise der Arbeit mit dem pädagogisch-psychologischen Grundkurs große Aufmerksamkeit geschenkt. Für das wissenschaftlich-produktive Studium der Lehrerstudierenden und besonders für die wahlobligatorische Ausbildung wurden weiterführende Vorstellungen erarbeitet und in Ansätzen auch verwirklicht. Der Marxismus-Leninismus ist die feste Grundlage aller pädagogischen und psychologischen Lehrveranstaltungen im Rahmen des Lehrstudiums.

Dennoch bleibt viel zu tun, um dem Maßstab gerecht zu werden, daß für die Ausbildung in den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften dieselben Grundsätze gelten wie für die Ausbildung in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus.³⁾ Es genügt heute nicht mehr, sich bei der Darstellung pädagogischer und psychologischer Sachverhalte in Einklang mit den Lehren des Marxismus-Leninismus zu befinden. Unsere Ausbildung muß gewährleisten, daß die Studenten die we-

sentlichen ideologischen, theoretischen und methodologischen Grundlagen der Pädagogik und Psychologie sicher beherrschen.⁴⁾

Die pädagogische und psychologische Ausbildung darf sich nicht nur auf die marxistisch-leninistische Bildung und Erziehung stützen, sondern muß sie planmäßig und systematisch ausbauen und festigen. Das heißt eine ganze Reihe von Problemen auf, von denen hier nur drei berührt werden sollen:

Schöpferische Anwendung der marxistischen Dialektik

Erstens: Wie auf dem VII. Pädagogischen Kongreß dargelegt wurde, gewinnt die schöpferische Aneignung und Anwendung der materialistischen Dialektik für die pädagogische Theorie und Praxis zunehmend an Bedeutung.⁵⁾ Demgemäß wird es zu einer Hauptaufgabe unserer Ausbildung, die Dialektik der schulpolitischen Entwicklung sowie des pädagogischen Prozesses voll zu erfassen und den Studenten bewußt zu machen. Insbesondere ist es erforderlich, den allseitigen Zusammenhang der Erscheinungen sowie die Einheit und den Kampf der Widersprüche bei der Behandlung pädagogischer und psychologischer Probleme stets deutlich herauszuarbeiten. Das setzt voraus, die Tendenz einer von der Praxis abgehobenen, isolierten Darstellung theoretischer Ideen und Prinzipien⁶⁾ die wirklichkeitsferne Konstruktion abstrakter Schemata ebenso zu überwinden wie Erscheinungen eines engen Empirismus, eines Fetischismus der Quantifizierung und einer ahistorischen Betrachtungsweise. Die Grundlagen für die schöpferische Anwendung der materialistischen Dialektik im Ausbildungsprozeß werden in der pädagogischen und psychologischen Forschung geschaffen. Gerade hier gibt es jedoch ernste Mängel. Der Reichtum des Marxismus-Leninismus wird in der Forschung nicht genügend ausgeschöpft.⁷⁾ Die volle Verwirklichung der Direktive und damit des Berufsbildes des sozialistischen Lehrers beginnt also mit dem Kampf um Veränderungen in der pädagogischen Forschung und mit der marxistisch-leninistischen Qualifizierung der Wissenschaftler.

Gezielte Auseinandersetzung mit imperialistischen Auffassungen

Zweitens: Die 14. Tagung des ZK der SED wies nach, daß die Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme gegenwärtig vorrangig auf ideologischem Gebiet vor sich geht. Deshalb fordert die Partei der Arbeiterklasse von allen marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern, den ideologischen Klassenkampf mit verstärkter Intensität zu führen. Wir müssen alle künftigen Lehrer befähigen, sich selbständig, gründlich und überzeugend mit der imperialistischen und revisionistischen Bildungspolitik und Pädagogik auseinanderzusetzen. Die erste Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgabe besteht darin, daß sich der Lehrerstudierende die ideologisch-theoretischen Grundlagen der sozialistischen Bildungspolitik und Pädagogik fest aneignet und eine Haltung einnimmt, wie sie Bertolt Brecht mit den Worten umschrieb:

„Und was immer ich auch noch lerne Das bleibt das Stammeis: Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds.“⁸⁾

Eine solche klare Klassenposition bleibt das Schlüsselproblem unserer Erziehungsarbeit. Sie muß aktiviert werden, indem wir in den Lehrveranstaltungen die Auseinandersetzung mit imperialistischen und revisionistischen Auffassungen führen und die Studenten im Rahmen des wissenschaftlich-produktiven Studiums über die Positionen des Klassengegners zu analysieren, ein-

zuschätzen und zu widerlegen. Dabei reicht es nicht mehr aus, beliebige Anschauungen imperialistischer Bildungspolitik und Pädagogik zur Zielscheibe der Auseinandersetzung zu machen. Den Kampf der Partei unterstützen wir nur dann in der richtigen Weise, wenn wir uns mit jenen Auffassungen des Klassengegners befassen, die gegenwärtig und noch mehr die künftige Stützrichtung der ideologischen Diskussion bestimmen. Wie weit wir diese Aufgabe in der Ausbildung lösen können, wird wiederum auf dem Gebiet der pädagogischen und psychologischen Forschung entschieden, wo die Auseinandersetzung mit generischen Konzeptionen weit systematischer geführt werden muß.

Richtig verstandene Praxisverbundenheit

Drittens: Eines der Grundprobleme der pädagogischen und psychologischen Ausbildung ist die Herstellung neuer Beziehungen zwischen Theorie und Praxis.⁹⁾ Diese Beziehungen sind nicht hergestellt, wenn die Lehrveranstaltungen eine Reihe praktischer Beispiele enthalten. Wir müssen auch noch Überreste der Auffassung überwinden, die Praxis sei nur mit dem Schulunterricht identisch.

Praxisverbunden sind die pädagogischen und psychologischen Lehrveranstaltungen dann, wenn sie die Erziehung als gesamtgesellschaftliche Anliegen verdeutlichen, die Einheit von Politik, Ökonomie, Ideologie und Erziehung nachweisen, die wachsende Komplexität aller pädagogischen Prozesse zeigen und die Studenten befähigen, sich in ihrer Arbeit auf diese Komplexität einzustellen.

Praxisverbunden sind unsere Lehrveranstaltungen dann, wenn sie die Studenten befähigen, die schulpolitischen Hauptaufgaben der siebziger Jahre umfassend zu verstehen und für ihre Verwirklichung zu kämpfen.

Praxisverbunden sind unsere Lehrveranstaltungen dann, wenn sie sich an den Erfahrungen der pädagogischen Neuerung orientieren und die Durchsetzung des Neuen in der Schulpraxis aktiv unterstützen. Praxisverbunden ist unsere Ausbildung dann, wenn sie den Studenten bereits in den gesellschaftlichen Erziehungs- und Bildungsprozessen einbezieht und am Kampf für das Neue in Schule und Jugendorganisation teilnehmen läßt.

Praxisverbunden ist unsere Ausbildung folglich dann, wenn sie mit dem Berufsbild des sozialistischen Lehrers übereinstimmt.

Wenn wir die daraus resultierenden Aufgaben lösen, wird es uns gelingen, auf dem Gebiet der Lehrerbildung den Vorlauf zu schaffen, der für die Lösung der schulpolitischen Aufgaben in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft benötigt wird und den der VII. Pädagogische Kongreß von uns forderte.

¹⁾ Wir lehren und lernen im Geiste Lenins, in: Deutsche Lehrzeitung, Nr. 20/21/1973, S. 4

²⁾ Diese Zusammenstellung stützt sich auf: Wir lehren und lernen im Geiste Lenins, S. 3 – Die nächsten Aufgaben der Fachlehrerausbildung, Überarbeitete Protokolle der 12. Tagung des Hoch- und Fachschulrats am 21. Januar 1971 in Berlin, S. 2 und 28 f. – Konzeption zur perspektivischen Entwicklung der Ausbildung von Fachlehrern der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der DDR für den Zeitraum 1983–1984, Berlin 1983, S. 1 f.

³⁾ Die nächsten Aufgaben der Fachlehrerausbildung, S. 21

⁴⁾ Direktive zur Erhöhung der Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Bildung und Erziehung der Studenten in der weiteren Durchführung der 3. Hochschulreform, O. G., O. J., S. 6

⁵⁾ Vgl. Die nächsten Aufgaben der Fachlehrerausbildung, S. 12

⁶⁾ Wir lehren und lernen im Geiste Lenins, S. 42

⁷⁾ Ebenda

⁸⁾ Die nächsten Aufgaben der Fachlehrerausbildung, S. 44

⁹⁾ Ebenda

Das sozialistische Bildungswesen unserer Republik gehört zu den Vorzügen, über welche die sozialistischen Staaten gegenüber dem kapitalistischen Teil der Welt verfügen. Es erfüllt seine Aufgaben dann und nur dann, wenn es sich voll auf die qualitativen Momente der Systemauseinandersetzung einstellt, wenn es die schöpferischen Potenzen der sozialistischen Persönlichkeit planmäßig entwickelt, wenn es alle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft befähigt, die Vorzüge unserer Gesellschaftsordnung in der Klassenauseinandersetzung unserer Tage voll auszuspielen.

Deshalb betrachten wir die sozialistische Bildung und Erziehung als wichtige Triebkraft des Sozialismus.

Die Leistungen unseres einheitlichen sozialistischen Bildungswesens bei der Heranbildung allseitig entwickelter Persönlichkeiten bilden eine entscheidende Voraussetzung für die Festigung unserer Republik und die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem imperialistischen System. Das ist die Grundeinsicht und Grundüberzeugung, die wir allen Lehrerbildnern und Lehrerstudierenden vermitteln müssen, weil von ihr die Lösung aller Aufgaben bei der Erziehung und Ausbildung sozialistischer Lehrer abhängt. Die gesellschaftliche Verantwortung des Lehrers in den heftigeren Jahren kennzeichnete Walter Ulbricht auf dem VII. Pädagogischen Kongreß mit den Worten:

„Die Schule ist jene gesellschaftliche Einrichtung, in der junge Sozialisten, also jene Menschen erzogen und ausgebildet werden, die im Jahre 2000 auf den Kommandoposten der kommunistischen Gesellschaft ihrer Betriebe und Institutionen stehen werden. In der sozialistischen Schule der DDR ist die Zukunft bereits Gegenwart.“¹⁾

Der sozialistische und kommunistische Zukunft als Gegenwartsaufgabe unseres Schulwesens verhalten wir in der Lehrerbildung nur dann gerecht zu werden, wenn wir das Berufsbild des sozialistischen Lehrers aus der Sicht professioneller Anforderungen konzipieren und allen Teilen des Ausbildungsprozesses zugrunde legen. Jede Aufgabe muß ständig weiterentwickelt, präzisiert, neu durchschaut und überprüft werden. Das gilt auch für die Prognose der Anforderungen an die sozialistische und kommunistische Lehrerpersönlichkeit, die im Berufsbild zusammengefaßt sind. Es erscheint unangenehm fraglich, ob es uns bereits gelungen ist, die ständige Arbeit am Berufsbild als notwendige Aufgabe der Lehrerbildung bewußt zu machen und das Berufsbild als zentralen Bezugspunkt und maßgebliche Zielgröße im Ausbildungsprozeß zu beachten.

Wesenszüge der sozialistischen Lehrerpersönlichkeit

Die vom ZK der SED geforderte Diskussion über die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unseres Bildungswesens sollte im Bereich der Lehrerbildung nicht zuletzt als Diskussion um das Berufsbild des sozialistischen Lehrers geführt werden. Dabei müssen folgende Wesenszüge der sozialistischen Lehrerpersönlichkeit beachtet werden:

Der sozialistische Lehrer ist eine weltliche Persönlichkeit, die unparteilicher den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse vertritt, die Kraft für die Stärkung des Sozialismus einsetzt, als Patriot des sozialistischen deutschen Nationalismus und als Internationalist handelt. Er versteht seine Erziehungs- und Bildungsarbeit als Beitrag für die Verwirklichung der Ideen der Arbeiterklasse des Marxismus-Leninismus und der Parteibeschlüsse.

Die Wichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an

Von Dr. jur. P. Terzopoulos, Institut für internationale Studien – Teil I

Über Pfingsten hetzten die Führer der ehemaligen Sudetendeutschen in der BRD erneut gegen den territorialen Status quo in Europa. Sie beschuldigten u. a. das Münchner Abkommen als einen normalen internationalen Vertrag, der ursprünglich gültig gewesen sei.

Das ist zweckmäßig, auf die Gründe der Wichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an (ex tunc) einzugehen:

Das Münchner Abkommen war ein unzulässiger Vertrag zu Lasten eines unbeteiligten Staates, der die in ihrer Note an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vom 20. 9. 1938 dagegen protestierte, daß diese Regierungen die CSR ihre „Empfehlungen“ über die Abtretung tschechoslowakischer Territoriums an Hitlerdeutschland annehmen, ohne sie anzuhören, obwohl die tschechoslowakische Regierung darauf hingewiesen hat, daß sie für eine Erklärung, die ohne ihre Zustimmung gegeben wird, keine

Verantwortlichkeit übernehmen könne“ (Das Abkommen von München 1938, Dokumente, Praha 1968, S. 239). Trotzdem wurde am 29. September 1938 das Münchner Diktat abgeschlossen.

Durch dieses Abkommen wurde die staatliche Souveränität, insbesondere die territoriale Integrität der CSR angegriffen, denn es führte zu einer „völligen Verstümmelung in jeder Hinsicht des Staates“, Wirtschaft und Verkehr wurden völlig lahmgelegt, was die CSR-Regierung bereits in ihrer Note vom 20. September 1938 vorausgesehen hatte. Die CSR verlor u. a. 2317 Industriebetriebe, die Kohlenreviere in Nord- und Westböhmen sowie im Ostrauer Gebiet, die 97 Prozent der Braunkohle und 55 Prozent der Steinkohle lieferten. Gerade im ehemaligen Sudetenland lagen 1938 69,6 Prozent der gesamten Glasindustrie der CSR, 49 Prozent ihrer chemischen Industrie, 86 Prozent der Porzellanherstellung, 68 Prozent der Papierindustrie und 33,8 Prozent der Holz-

Industrie. Somit wurde die Satzung des Völkerbundes aufs schwerste verletzt, dem die CSR, Frankreich, Großbritannien und Italien angehörten. Im Artikel 10 der Satzung des Völkerbundes ist die Pflicht der Bundesmitglieder enthalten, die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten.

Das Münchner Abkommen war Beihilfe zum Aggressionskrieg. Die Annexion der „Resttschechien“ am 14. März 1939 und die damit verbundene Beseitigung des tschechoslowakischen Staates war der nächste Schritt, der über die Annexion des Memelgebietes zum Überfall auf Polen am 1. September 1939 und damit zum zweiten Weltkrieg führte. Chamberlain, damaliger britischer Premierminister, war demnach im Unrecht, als er zum Münchner Abkommen sagte, dieses bedeute den „Frieden“ für unsere Zeit. So wurde der Pariser Kriegsvertrag von 1928 verletzt, dem Deutschland sowie die CSR, Großbritannien,

Frankreich und Italien angehörten. Nach Artikel I des Pariser Vertrages sollte auf den Krieg „als Werkzeug nationaler Politik“ verzichtet werden.

Verletzt wurde ferner der Schiedsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der CSR vom 16. Oktober 1925, der eine Gewaltverzichtsklausel enthielt. Dieser Vertrag verpflichtete die Vertragsparteien, alle Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln zu lösen. Vergänglich verwies die CSR-Regierung im März 1939 in einer Note an Hitler auf den Schiedsvertrag von 1925. Was Frankreich betrifft, war das Münchner Abkommen eine Verletzung des Bündnis- und Freundschaftsvertrages mit der CSR vom 25. Januar 1924.

Durch die Erpressungen seitens Hitlerdeutschlands wurde die auch in den damaligen internationalen Beziehungen anerkannte Freiheit beim Vertragsabschluß mißachtet. Erpressung war es, als Hitler

nach der Mobilisierung der Wehrmacht am 27. September 1938 erklärte, im Falle der Ablehnung seines Memorandums durch die CSR werde er dieses Land „erschmettern“. Unmittelbar danach erklärte sich Großbritannien mit den Forderungen Hitlers einverstanden. Zwei Tage später wurde das Münchner Abkommen abgeschlossen. Es sei erwähnt, daß es damals den Westmächten in erster Linie darum ging, die deutsche Aggression nach dem Osten zu lenken. Die nachträgliche Zustimmung durch die CSR 1939 kam ebenfalls unter Drohung zustande. Göring drohte mit der Bombardierung Prags.

Das Münchner Abkommen richtete sich gegen das Prinzip der Stasgleichheit; denn es war seiner Form sowie seinem Wesen nach kein freiwilliger und gleichberechtigter Vertrag, sondern ein imperialistisches Schanddiktat imperialistischer Großmächte gegenüber einem kleinen Staat.

Dem Münchner Abkommen lagen betrügerische Absichten zugrunde. Hitler-Deutschland verpflichtete sich zwar scheinbar, die Souveränität der CSR zu respektieren, aber von Anfang an bestand die

Absicht, den tschechoslowakischen Staat zu liquidieren. Hitler selbst gab am 30. Mai 1938 an das Oberkommando der Wehrmacht eine Weisung, in der es u. a. hieß, es sei sein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei „in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen“. Dieses Abkommen war also von Anfang an mit wesentlichen Mängeln behaftet.

Die nachträgliche Zustimmung der Regierung und des Präsidenten der CSR zum Münchner Diktat war eine Verletzung der Paragraphen 3 Absatz 1 und 64 Absatz 1 der Verfassung der CSR vom 29. Februar 1920, die für den Abschluß von Verträgen über die Veränderung des tschechoslowakischen Staatsgebietes eine Bedingung enthielten: die Zustimmung der Nationalversammlung in Form eines Gesetzes. Bemes war sich dieser Tatsache bewußt, als er erklärte, er habe verfassungswidrig gehandelt.

Die ehemaligen Signatarmächte des Münchner Abkommens nehmen dazu unterschiedliche Haltung ein. Darüber mehr im nächsten Teil.